



Daß man mit diesem Ausnahmegesetz lediglich die gewerkschaftliche und die sozialistische Bewegung treffen will, ist vollkommen klar, wenn auch zunächst der hohlewichtige Popanz zu seiner Begründung herhalten mußte. Denn auch dem verschrodensten Spießbürger wird man nicht weismachen können, daß in der Schweiz die kommunistische Partei eine große Gefahr darstelle, hat doch eben erst der kommunistische schweizerische Delegierte auf dem Parteitag der deutschen K. P. D. gesagt, daß die K. P. D. der Schweiz nur etwa 6000 bis 7000 Mitglieder zähle!

Sie haben nichts gelernt aus den Erfahrungen des Junkers Bismarck, der es ihnen doch vor über 40 Jahren vorgemacht hat. Nachdem durch Errichtung sogenannter Bürgerwehren und die Verteilung von Munition auf dem Lande die militärische Basis geschaffen wurde, werden unter dem bekannten Ruf „für Ruhe und Ordnung“ alle politischen Rechte der Lohnarbeiter unterdrückt. Was bisher auch in kapitalistischen Staaten nur unter dem Ausnahmezustand galt, wird in der Schweiz nunmehr zum Zustand des ordentlichen Rechts erhoben. Wir Deutsche finden ja manchen Bekannten sowohl aus bismarckischer Zeit, wie auch aus der Roske-Ära wieder: Streikverbot für Beamte und alle in lebenswichtigen Betrieben Tätigen — und wie hübsch dehnbar ist dieser Begriff der lebenswichtigen Betriebe! — Verbot revolutionärer Propaganda und Anstiftung oder auch nur Teilnahme an einer Massenaktion, ja, selbst nur der Versuch hierzul. Ein die ganze Beamtenschaft umfassender Spießdienst soll zum Denunziantentum im größten Stil erziehen!

Und schließlich sind dem Bürgertum fast ebenso verhaßt wie die Roten, die Anhänger des Pazifismus und Antimilitarismus. Wird das neue Gesetz angewandt, so wird künftig die Schweiz keine antimilitaristische, keine Friedensgesellschaft mehr aufweisen dürfen.

Eine Blamage vor der ganzen Kulturwelt ist aber der Art. 47 bis, der mit Vernichtung aller irgendwie freiheitliche, sozialistische oder pazifistische Literatur, alle von solchen gefährlichen Tendenzen zeugenden Werke der Kunst und Wissenschaft bedroht! Ein Einfuhrverbot für aufrüttelnde Dramen und Bildwerke und Aufklärungswerke jedweder Art! Das freie Denken, das schöpferische Werden einer neuen Zeit muß an den Grenzen der schweizerischen Eidgenossenschaft Halt machen!

Kann die Entartung einer abgewirtschafteten Gesellschaft prägnanter zum Ausdruck kommen? Dieser Gesetzentwurf — das Grammal des Liberalismus — ist inzwischen vom schweizerischen Nationalrat in der Schlussabstimmung mit 118 gegen 35 Stimmen angenommen worden. Den endgültigen Entscheid gibt allerdings das Votum des Volkes durch das Referendum. Wie aber auch das endliche Schicksal dieser Justizvorlage sein mag: Was einem Bismarck in der ersten Frühzeit des Sozialismus trotz aller Verfolgungen und Polizeischikanen nicht gelungen ist, das kann auch nimmermehr der kapitalistischen Gewaltherrschaft im zwanzigsten Jahrhundert gegenüber einer so zielbewußten Arbeiterschaft wie der schweizerischen gelingen.

Wäge dieses Attentat auf die schweizerische Arbeiterbewegung den dortigen Genossen einen ähnlich guten revolutionären Erfolg bringen, wie ihn Bismarck in den achtziger Jahren der deutschen Sozialdemokratie gebracht hat.

## Prekel im Provinzial-Schulkollegium

Der deutsche Lehrerverein hat aus Anlaß seines 50-jährigen Bestehens gestern im Lehrervereinssaal eine Festigung abgehalten. Neben Heinrich Schulz sprach auch Herr Boelch. Von dem, was der Kultusminister zu sagen hatte, ist die Mitteilung hervorzuheben, daß einer der eifrigsten Mitarbeiter des Lehrervereins, der Schularat Prekel, zum Oberregierungsrat im Brandenburgischen Provinzial-Schulkollegium ernannt worden ist. Dort soll ihm das gesamte Volksschulwesen unterstellt sein.

Für die Zukunft der Schule in der Provinz und auch in Groß-Berlin dürfte diese Ernennung Prekels nicht ohne Bedeutung

## Kinderspiel und Militarismus

Von Sossie Doew-Wolfsenstein

„... lauter gute Gaden:  
Tommel, Pfeifen und Gewehr,  
Ja, ein ganzes Kriegesheer  
Möcht' ich gerne haben!“

Die kleinen Kinder im Volkskindergarten singen es. Sie marschieren im Gleichschritt „eins-zwei, eins-zwei“ und halten sich auf Aufforderung steif und starr wie die Soldaten.

Es ist nur „Spiel“; eine praktische und amüsante Art, sich zu beschäftigen. Jahrgang um Jahrgang ist es so gehandhabt worden. Beide Teile befinden sich anscheinend recht wohl bei einer möglichst genau nachgeahmten militärischen Form: sie machen den Kleinen Spaß und den Großen erleichterte sie die bei der meist sehr starken Zahl der zu beaufsichtigenden Kinder notwendige Disziplin. — Der Krieg brachte naturgemäß eine Veränderung der kindlichen Militarisierung und einige Aktualität: von Spielliedern ging man zu „richtigen“ Soldatenliedern. Und die kleinen Euben und Mädchen stapften und brüllten vergnügt (wie konnten sie anders?) das traurige Lied vom „guten Kameraden“ und vom „Morgenrot“, das zum frühen Tod leuchtet.

Sonderbarerweise stießen sich nur sehr wenige der mit der Aufsicht betrauten, pädagogisch vorgebildeten Kräfte daran. Diese Wenigen aber begegneten erstaunt absehnenden Blicken bei Uebergeordneten, und, weitergehend, oft unwilligem Spott bei den Eltern der Kinder.

In seinem im Krieg entstandenen, inzwischen berühmt gewordenen Romanband „Der Mensch ist gut“ läßt Leonhard Frant einen vereinsamten Vater sagen: „Das hier ist ein Schießgewehr... ich selbst habe das meinem Jungen gekauft... Ich selbst habe ihn das Schießen, das Norden gelehrt...“ Und, das Kindergewehrchen an seinem Knie zerbrechend, schreit er auf: „Das hätte ich vor fünfzehn Jahren tun müssen... Habt Ihr es getan?... Also seid auch Ihr Wörder...“

Es ist die durch den Schmerz herausgepreßte Erkenntnis falscher Erziehungsweise, die gedankenlos Gebrauch gemacht hat von den Erzeugnissen einer servilen Industrie. In keinem anderen Lande war Konsum und Industrie dieser Dinge so stark wie in Deutschland. Sie waren eines der Dämmgasmittel für die preußisch-militaristische Auslaugung, aus welcher in Treibhauskultur erwachsen sollten: „deutsche Treue“ und „Liebe zum Vaterland“.

Viele Eltern, die auf dem Wege schmerzlichster Erfahrung zu Kriegsgewohnheiten wurden, haben zweifellos Wunsch und Absicht, auch in der Erziehung ihrer Kinder die Konsequenzen zu ziehen. Dem Kinderspiel aber legen sie in dieser Hinsicht keine Bedeutung bei. Und doch ist das Spiel die Form, in der das Erleben des

Kindes sich am unbefangenen auslebt, durch die es anderswärts aber auch Wünsche und bestimmte Auffassungen mittels Übung in sich befestigt. Wer ein Kind unbemerkt im Spiel beobachtet, sieht manchmal die Geschehnisse, auf charakteristische Weise vereinfacht oder verzerrt, im Spiegel erscheinen. Hierauf müssen Eltern, die eine fernere Militarisierung ihrer Kinder vermeiden wollen, ihre Aufmerksamkeit richten und sich die Zeit nehmen, zuweilen diese Kinderspiele (ohne Eingriff) zu verfolgen. Abgesehen davon, daß sie den Erwachsenen oft stappieren und zum Nachdenken über das Abgespielte veranlassen, ist hier vor allem ein Weg, unerwünschte, trübe Strömungen aufzuspüren.

## Politische Verlogenheit

Die Reaktion markiert Entrüstung — Eberlein enthüllt weiter

Das gesamte reaktionäre Gesichter leht sein Freudegeheul über die angeleglichen „Enthüllungen“ Eberleins vom Bestehen illegaler Organisationen in den proletarischen Parteien fort. Dabei ist dieser ganze Jubel künstlich gemacht, denn was Eberlein erzählt, war längst bekannt. Dem Einsichtigen zeigt aber gerade das Schicksal dieser illegalen Organisationen, wie wenig die illegale Methode des politischen Kampfes in den sozialistischen Parteien Boden finden konnte. Sie entspricht in keiner Weise dem Wesen des proletarischen Klassenkampfes, wie er von den marxistisch geschulten sozialistischen Parteien aufgefaßt wird. Lediglich die Zeiten der Unterdrückung des legalen politischen Kampfes der sozialistischen Bewegung, die Zeit der Militärdiktatur während des Krieges und auch im ersten Jahr der Revolution konnten in der Arbeiterschaft die Neigung zum illegalen Kampfe hervorrufen. Soweit illegale Organisationen bestanden haben, sind sie nichts anderes als die Auswirkung dieser Unterdrückung. Fest steht, daß zum mindesten unsere Partei die illegalen Organisationen sofort aufhob und jeden Einfluß dieser Kampfmethode auf ihre politische Taktik abstrich, nachdem die republikanische Verfassung und die Beseitigung des wüsten Freischaren-Regiments der Lüdtwig und Konjosten die Voraussetzungen für einen wirksamen legalen politischen Kampf hergestellt hatten. Trotz des Mißtrauens, das die Arbeiterschaft auch heute noch gegen die politischen Zustände in dieser Republik erfüllt, lehnt sie es dennoch ab, mit illegalen, auf den Tusch hinarbeitenden politischen Mitteln ihren Kampf zu führen.

Diejenigen dagegen, die aus den Enthüllungen Eberleins auf den Spalten ihres schmutzigen Zeitungspapiers eine neue Dolchstoßlegende konstruieren möchten — sie sind es, die den Dolch beständig gezückt halten, um ihn der Republik und damit den politischen Zuständen in den Rücken zu stoßen, die den legalen Klassenkampf des Proletariats wieder möglich gemacht haben. Sie sind es, die Märderbänden organisieren, die in Geheimkonventikeln unter bewaffnetem Schutz Klänge gegen die Republik ausheulen und die politische Moral damit auf ein Niveau herunterzerrten, das auch durch die letzten, nur theoretisch denkbaren Auswirkungen illegaler proletarischer Verbindungen nicht herabgebracht worden wäre. Sie also sollten schamvoll schweigen, statt durch ihre künstliche Aufregung von neuem Zeugnis für ihre politische Verlogenheit abzulegen.

Inzwischen leht Herr Eberlein seine Artikelserie fort. Mit dem zweiten Artikel ist er in der heutigen Morgenausgabe der „Roten Fahne“ niedergekommen. Er befindet sich hierbei wieder ein beachtenswertes Geschick, an den Dingen vorbeizureden. Zwischen vielen Einzelheiten, die er vorträgt, verlieren sich völlig die wesentlichen Anknüpfungspunkte, die aus den seinerzeit veröffentlichten Berichten gegen ihn abgeleitet werden müssen. Das ganze Anlagelicht sei entfallen, behauptet er, weil sich die Leute von der politischen Leitung mit ihren Freunden von der militärischen Organisation nicht verstanden haben. Alles, was Eberlein sagte und wollte, sei von den Leuten und Genossen infolge ihrer „militärischen Einstellung“ anders verstanden worden, als er es gemeint habe. So seien die Berichte zustande gekommen als Waffe gegen die Zentrale der K. P. D. und gegen Eberlein.

Freilich ist in dieser Hinsicht wesentlich erforderlich die berühmte Forderung so vieler Schulmeister- und Programmredner: die des „Hand-in-Handarbeitens von Schule und Haus“, damit nicht die besten Abkömmlinge des „Hauses“ durchkreuzt werden. Leider aber ist bei der „zünftigen Pädagogik“ und den von ihr geleiteten Anstalten kaum etwas von aktivem Friedensgeist, von selbstem Umgestaltungswollen zu spüren. Im Gegenteil: die starke, ausschließliche Betonung des nationalen Momentes als Auswirkung des verlorenen Krieges, und die in Bergeltungsgeist erfolgende Heranbildung von einseitig „Tüchtigen“ spielt gerade dort eine gefährliche Rolle.

Sehr selten hört man ein einsichtiges Wort von jener Seite. So kommt in einem in der Vereinszeitung des Berliner Pestalozzi-Förder-Seminars abgedruckten Aufsatz der Sozialpädagogin Dr. Otto Koch zu einer entschiedenen Ablehnung militärischer Beeinflussung, deren Umwertung in Gemeinschaftsgeist erst verlangt. Dem Bleisoldatenspiel jedoch legt er wegen der damit verbundenen schöpferischen, erfindenden Tätigkeit eine erzieherische Bedeutung bei. Er lehnt nur ein Vorgreifen der Eltern mit den Worten ab: „Solange das Kind sich nicht Bleisoldaten wünscht, ist es zu diesem Spiel nicht reif, und wer seinem Kinde das Spiel lehrt, der erzieht es bewußt oder unbewußt in militärischem Geiste“.

Unseres Erachtens genügt eine derart passive Haltung nicht. Auf diesem Gebiete gilt es nicht den (meist doch irgendwie genährten) Wunsch des Kindes abzuwarten, sondern ihn bewußt zu lenken. Selbst wenn wir — was durchaus nicht zutrifft — nicht in der Lage wären, ein gleichwertiges, gleiche Möglichkeiten bietendes Kinderspiel zu schaffen, so wäre das kein Grund, ein in seinen Auswirkungen als schädigend erkanntes beizubehalten.

Der auf der Grundlage des Menschenfreundes Pestalozzi und seines Jüngers Froebel aufgebaute Volkskindergarten hat — eine liebenswerte, unpedantische Leitung vorausgesetzt — gerade die Aufgabe, den Spiel- und Nachahmungstrieb des Kindes namerlich zu dirigieren. Das Ziel ist, zu wirksamen Sehen zu erziehen. Die Aufmerksamkeit des Kindes soll auf Ereignisse in der Natur, Dinge seiner Umgebung, seines täglichen

Als die Berichte in der Öffentlichkeit erschienen, wurden sie von den Kommunisten selbst als richtig bezeichnet. Eberlein hat es für gut gehalten, längere Zeit zu schweigen in der Hoffnung, daß sich die Erklärung an den Kern der Verleumdung über den mitteldeutschen Tusch inzwischen vermischt haben möchte. Eberlein wagt es aber auch heute nicht, die Verleumdung als falsch hinzustellen. Er legt ausdrücklich:

„Und trotz alledem wäre falsch, zu behaupten, daß diese Berichte absichtlich zusammengelogen sind. Die K. P. D. Genossen lebten in einer anderen Welt als wir. Sie sahen die Bewegung mit anderen Augen an als wir. Sie gingen einen anderen Weg als wir.“

Damit soll alles erklärt sein. Kein Einsichtiger aber wird übersehen, daß damit nichts erklärt ist. Festgehalten muß werden, daß diese Berichte, die aus einer so falschen „Einsicht“ entstanden sein sollen, von der Zentrale der K. P. D. selbst durch eine ihrer Vertrauenspersonen, Klara Zetkin, nach Moskau gesandt worden sind. Durch diese Handlung der Zentrale hat sie den Berichten selbst den Stempel authentischer Dokumente aufgedrückt, und es ist ganz unmöglich, diesen Stempel wieder zu entfernen.

## Aufräumungsarbeit in Thüringen

Beseitigung aller monarchistischen Erinnerungszeichen

Die sozialistische Regierung in Thüringen legt ihre auf die Beseitigung und das Ansehen der Republik noch außen hinzielende Tätigkeit fort. Sie geht jetzt mit aller Energie gegen die in den Verwaltungen und im amtlichen Verkehr noch im Gebrauche befindlichen alten Hoheitszeichen vor, eine Selbstverständlichkeit, die aber im viernten Jahr der Republik durchaus keine Selbstverständlichkeit ist. Die thüringische Regierung hat angeordnet, daß die Vorstände der staatlichen Behörden ihren vorgelegten Ministerien umgehend anzeigen sollen, ob sich auch oder im Innern ihrer Dienstgebäude noch die Bezeichnungen „Großherzoglich“, „Herzoglich“, „Fürstlich“ befinden, welche Hoheitszeichen der monarchistischen Staatsgewalt sonst noch vorhanden sind und warum die Beseitigung der Anschriften und Hoheitszeichen bisher unterblieben ist, ferner wie hoch sich die Kosten ihrer Beseitigung belaufen. Weiter wird die Entfernung aller Wappen und Bilder von Mitgliedern ehemals regierender Häuser aus den Amtskubeln, Verordnungs- und Wartebäumen, Gängen usw. gebietet, und zwar auch, wenn sie Privateigentum von Beamten sein sollten. Beamte, die sich weigern, die Bilder und Wappen entfernen zu lassen, sind dem Ministerium namhaft zu machen. Die Schulen haben sich vielfach noch nicht mit den neuen Fahnenklüppeln versehen und konnten daher am 8. November dem Befehlsgesetz der thüringischen Regierung nicht Folge leisten. Daher hat das Ministerium für Volksbildung die Schulvorstände angewiesen, für die Beschaffung von Fahnenklüppeln in reichsdeutschen und thüringischen Farben Sorge zu tragen. Ferner hat es angeordnet, Briefpapiere, Prüfungszeugnisse und andere Formulare, die noch den Aufdruck „Großherzoglich“, „Herzoglich“, „Fürstlich“ tragen, sofort aus dem Verkehr zu ziehen.

Es ist kein Ruhmesblatt der deutschen Republik, daß mit diesen Dingen nicht längst aufgeräumt ist. Aber es ist sehr zu begrüßen, daß überhaupt irgendwo damit ernsthaft begonnen wird.

## Die Festungsgefangenen in Bayern

Die bayerische Regierung läßt amtlich mitteilen, daß wegen Verweigerung an der Rätebewegung des Frühjahres 1919 in Bayern im ganzen 407 Personen zu Festungshaft verurteilt worden seien. Weit mehr als zwei Drittel von ihnen hätten im Wege der Einzelbegnadigung eine Bewährungsfrist zugestanden. Weit aus der Mehrzahl der Begnadigten habe einen sehr erheblichen Teil der Strafe nicht verbüßen müssen; eine nicht unbedeutende Anzahl habe für die ganze Strafe Bewährungsfrist erhalten. In Bayern sei demnach von dem Recht der Begnadigung in weitestgehendem Maße Gebrauch gemacht worden.

Das hört sich großartig an, ist es aber nicht. Denn was ist mit der großen Zahl der Gefängnis- und Zuchthausgefangenen? Davon ist in der amtlichen Meldung kein Wort zu lesen.

Gebrauches hingelenkt werden, deren Kenntnis, Bedeutung und Ursprung es sich „spielen“ aneignet. Hierbei kommt die kindliche Nachahmungslust zu statten; das Gebiet aber ist ein weites und die Nachwirkung in mehr als einer Richtung legendlich.

Denn während das Kind die — nicht zu unterschätzende — erfinderische und organisatorische Tätigkeit beim Soldatenspiel letzten Endes auf Zerstückung hin richtet, wird es bei jener Anleitung mit dem Laufen und den Gebieten des schließenden Lebens vertraut, und sein Vergnügen ist erfahrungsgemäß nicht geringer.

Wie manche der erwachsenen Volksgenossen haben auch die Kinder von der nachrevolutionären Zeit ein Geschenk erhalten. Das „Geschenk“ besteht in einer Vereinerung und Variation ihres Soldatenspielsplans: Kinder als „Organ der öffentlichen Ruhe und Ordnung“ machen Jagd auf andere, die die Rolle von „Spartakisten“ spielen. Und es ergeht den letzteren meist sehr schlecht, weshalb die Ordnungsrolle beliebter ist. Dieses Spiel wird allerdings nicht offiziell gepflegt; es hat keine Quelle in kindlich-scharfer Beobachtung des Geschehens, aber auch in direkter Beeinflussung durch die Erziehenden. Schon dem Kleinkinde wird unter Ausnützung der Autorität ein richtunggebender Absicht eingebläht. Vorläufig kann hier nur ein entsprechend starker Gegen einfluß des Elternhauses helfen, gerade dort aber wird oft in unverantwortlicher Weise gescheit. Der oben erwähnte Dr. Koch erzählt, daß er (lange vor der Morbidität) in einem Kinderzimmer zwei Puppen mit einem Strid um den Hals am Fenstergriff baumeln sah. Sie trugen Zettel, auf denen in ungeschickter Kinderschrift stand: „Liebtnecht“ und „Mosa“.

Diesen Eltern ist nur zu sagen: wer daß sieht, wird daß ernten. Abgesehen von dem hier vorliegenden schweren Verschulden in pädagogischer Hinsicht verstehen wir es nur zu gut, daß im bürgerlich-reaktionären Elternhaus sich dergleichen findet. Erfreulich ist jedoch die Tatsache, daß bei den „Spartakus“ spielenden Kindern sich ein großer Prozentsatz von Proletarierkindern befindet, die in drastischer Weise Mut- und Nachgefühlen Ausdruck geben gegenüber dem, was für teilweise ihre eigenen Angehörigen sich einseht. Hier liegt zweifellos eine Unterlassungsünde proletarischer, wenn nicht gar sozialistischer Eltern vor, die es verüben, was in dem Sinne für ihre Ziele, Liebe und Ehrfurcht für die Vorkämpfer und Märtyrer ihrer Sache in den Kinderbergen zu wecken und zu beschleunigen. Die Ursache dieser Unterlassung liegt je mehr darin, daß die heute mehr als je in den Kampf ums Dasein eingespannten Eltern wenig Zeit und Ruhe für eine derartige, viel Geduld, Klarheit und Ehrlichkeit erfordernde „Einweisung“ aufbringen können. Wer sie unterlassen auch die Bedeutung des in das kindliche Auffassungsvermögen hineingekreuzten Samens. Wichtiger Faktor ist das kindliche Spiel: Daher darf es kein Spiel mehr mit dem Genes bleiben?

# Der neue Kurs in Ungarn

## Bedenkliche Zugeständnisse der Sozialdemokraten

In unserer Notiz über die Verhandlungen der Ungarisch-österreichischen Sozialdemokratie mit der Regierung Bethlen in der Dienstag-Abendausgabe hatten wir bereits die Frage nach dem Preis aufgeworfen, um den die ungarische Sozialdemokratie wohl die Lockerung der Ausnahmestimmungen erreicht habe. Diese Frage war insofern berechtigt, als die Leiden des ungarischen Proletariats und der Kampf gegen das Horthy-System in hohem Maße die sozialistische Internationale beschäftigt und zu verschiedenen Maßnahmen veranlaßt haben. Daher das starke Interesse der Sozialisten anderer Länder für die Dinge, die sich in Ungarn abspielen. In unserer Frage drückte sich aber auch eine gute Portion Mißtrauen aus und eine ziemlich sichere Gewißheit, daß die Horthy-Regierung sich ohne wertvolle Gegenleistungen nicht zu einer Veränderung ihres Kurses verstehen würde.

Dieses Mißtrauen scheint gerechtfertigt. Wie jetzt bekannt wird, sind die Zugeständnisse, die die Führer der ungarischen Sozialdemokratie gemacht haben, außerordentlich bedenklich. So sollen nur solche Personen aus den Internierungslagern entlassen werden, für deren Wahlverhalten die sozialdemokratische Partei die Verantwortung übernimmt, unter der Voraussetzung, daß die Leitung des Lagers gegenüber den zu entlassenden Personen keine Einwendungen erhebt. Das ist einmal eine starke Beschränkung der zugeständenen Freiheit, da es in die Hände der Lagerkommandanten gelegt ist, wer oder wer nicht entlassen werden soll. Dann aber ist die Zusage des Wohlverhaltens gegenüber einer Regierung von dem Charakter der gegenwärtigen in Ungarn am Ruder befindlichen eine Schmach, ein Verzicht auf jede selbständige proletarische Politik, ein kraßes Abdanken jedes kämpferischen Willens.

Noch eine andere, weit wichtigere Bedingung wurde von der Horthy-Regierung den Sozialdemokraten gestellt und von diesen auch angenommen. Die Sozialdemokratie hat sich der Regierung gegenüber verpflichtet, in allen internationalen Fragen, besonders gelegentlich der Festsetzung der ungarischen Reparationsschuld, ihre ausländischen Verbindungen zugunsten Ungarns in die Waagschale zu werfen. Das heißt also auf gut deutsch, die geschlagene, zerrutene Arbeiterklasse Ungarns soll das in den Augen der gestitzten Welt über und über mit Berachtung bedachte Horthy-Ungarn reinwaschen.

Man darf wohl sagen, daß bei diesem Abkommen die Regierung Bethlen durchaus der gewinnende Teil ist. Die Leitung der sozialdemokratischen Partei Ungarns galt schon immer als sehr weit rechtsstehend. Dieser Pakt mit den Horthy-Regierung scheint zu beweisen, daß den maßgebenden Leuten der ungarischen Sozialdemokratie der Charakter sozialistischer Klassenkämpfer gänzlich abhanden gekommen ist.

## Der „Liebesdienst“ der ungarischen Sozialdemokraten

Wien, 20. Dezember. (Zitel.)

Zu dem Abkommen der Führer der ungarischen Sozialdemokratie mit Graf Bethlen schreibt die „Arbeiter-Zeitung“: Graf Bethlen kündigte an, daß sich die ungarische Sozialdemokratie nun nur an der Aufgabe widmen werde, ihre internationalen Verbindungen in den Dienst zur Hebung des ein wenig mitgenommenen ungarischen Proletariats zu stellen. Jetzt ist kein Zweifel mehr möglich: Karl Vagel, der allerdings schon einmal Horthy-Minister war, veröffentlicht in einer ungarischen Provinzialzeitung eine längere Mitteilung, in der er sich als Mitglied des Nachrichten-Detachements vorstellt. Er teilt nämlich mit, daß sich die Parteileitung der ungarischen Sozialdemokratie an die sozialistischen Parteien der Nationalstaaten und an die Labour-Party wenden würde, um ihre Unterstützung in dem Kampfe gegen die Reparationsforderungen zu erwirken. Diese Ankündigung ist die Bestätigung dessen, was der Bethlen über die Eingliederung der ungarischen Parteileitung in den Horthy-Nachrichtendienst mitgeteilt hat. Wie aus Budapest berichtet wird, sieht diese Schwertung der sozial-

demokratischen Parteileitung auf den Widerstand der Arbeiter, die es als eine Schmach empfinden, der Regierung des weißen Schreckens, aus welchen Gründen auch immer, Liebesdienste zu erweisen.

## Die allgemeine Wirtschaftskonferenz

London, 20. Dezember.

Die Wälder möden zu dem Vorschlag, eine Wirtschaftskonferenz auf die Reparationskonferenz folgen zu lassen und Deutschland sowie Rußland zur Teilnahme einzuladen, es sei früher der Wunsch und die Absicht Englands, eine allgemeine Konferenz über Wirtschaftfragen abzuhalten. Die Vorgesprächen mit den französischen Ministern und die Einladung der Finanz- und Handelsabteilungen seien Schritte in dieser Richtung. Der Erfolg würde jedoch von den Beschlüssen des Obersten Rates abhängen.

„Daily Express“ zufolge steht eine allgemeine Revision des Londoner Reparations-Zahlungsplanes augenblicklich nicht auf dem Programm der Konferenz von Cannes. Dem würde sich Frankreich im gegenwärtigen Stadium bis zum nächsten Widerlegen und möglicherweise auch Belgien. Der Oberste Rat werde in Cannes jedoch zu entscheiden haben, was Deutschland in der oder in Waren während des Jahres 1922 zu zahlen habe.

Nach Belgien, Deutschland und Sowjet-Rußland würden an einer internationalen Konferenz für europäische Wirtschaftfragen teilnehmen. Sowjet-Rußland werde aber zu der Konferenz nur eingeladen werden können, wenn es endgültige Zusagen gebe, daß in Zukunft keine Finanz- und Wirtschaftspolitik, wie kein Verhalten bezüglich des Schutzes des Privateigentums, des internationalen Handels und der Handelsregelgebung in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der sozialistischen Regierungen stehen werden.

## Sachverständigenberatungen in Paris.

Paris, 20. Dezember.

Über den Zweck der morgen beginnenden Beratungen alliierter Sachverständiger aus Handel, Industrie und Finanzen schreibt der „Matin“, es handele sich um die Schaffung eines Konsortiums zur Wiederaufrichtung des Handels in Rußland. Es sei ein rein privates Unternehmen, die Regierungen würden sich begnügen, das Unternehmen zu ermutigen und zu kontrollieren, es würden aber keine Staatsgelder dafür aufgewendet werden. Die Amerikaner sollen aufgefordert werden, an dem Unternehmen, das sich nicht lediglich auf Rußland beschränkt, sondern alle Fragen bearbeitet werde, die Mitteleuropa betreffen, teilzunehmen. Auch den Deutschen werde eine Beteiligung gleich der der anderen Großmächte angeboten werden, unter der Bedingung jedoch, daß die Hälfte des deutschen Kapitals zu Reparationszahlungen verwendet werde. Diese Konferenz und dieses Konsortium mit Privateigentum habe nichts zu tun mit der internationalen Konferenz zur Gesundung der Weltwirtschaft, die Anfang Februar vermutlich in Genf stattfinden werde. In dieser Konferenz würde jedenfalls auch Rußland teilnehmen.

## Frankreichs Flottenrüstung

Eine Bedrohung Englands

Paris, 20. Dezember.

Nach einer Havasmeldung aus Washington hat gestern vor der maritimen Kommission der Delegierte Frankreichs Sarraut die offenbar endgültige Erklärung abgegeben, daß Frankreich keine geringere Tonnage als 330 000 Tonnen für die Hilfsflotte und 90 000 Tonnen für die U-Boote annehmen werde. Die britischen und japanischen Delegierten hätten erklärt, daß sie sich angesichts des Verlangens Frankreichs ihre Haltung in der Frage der Tonnage der Hilfsflotte vorbehalten müßten.

Genau meldet weiter aus Washington: Nachdem Sarraut die Erklärung betreffend die Haltung Frankreichs in der Unterseebootsfrage abgegeben hätte, ergriß Staatssekretär Hughes das Wort und dankte Frankreich, daß es bezüglich der Großkampfschiffe Opfer auf sich genommen habe. Er sprach aber sein

Bedauern aus, daß Frankreich keine gleichen Opfer hinsichtlich der Unterseeboote und der Hilfsflotte bringe. Dasselbe sprach sich in gleichem Sinne aus. Das von Frankreich ins Auge gefaßte Programm erscheine als Bedrohung Englands. England werde infolgedessen eine Verteidigungsstreitmacht gegen die Flotte von U-Booten bauen müssen, die in nächster Nähe seines Gebietes geschaffen werde.

Der Marineauschuß der französischen Kammer hielt gestern eine Sitzung ab, um Erklärungen des Marineministers über die Verhandlungen in Washington entgegenzunehmen. Der Ausschuß beschloß, das Ministerium zu verpflichten, die maritimen Interessen Frankreichs energisch zu unterstützen, das eine genügend starke Flotte nötig habe, um seine Küsten, seine Kolonien und die Freiheit seiner Seewege zu schützen.

London, 20. Dezember.

Einer Reutersmeldung aus Washington zufolge wird von Seiten der Delegierten auf der Washingtoner Konferenz erklärt, die Forderung Frankreichs nach einem Minimum von 90 000 Tonnage für eine U-Boots-Flotte habe die Tür für jedes Uebereinkommen geschlossen. Der Washingtoner Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Frankreich habe den Weg für die Lösung, die Amerika, England und Japan herbeiführen wünschen, versperrt. Zahlreiche Anzeichen sprechen dafür, daß starker Unwille in den Vereinigten Staaten gegen Frankreich herrsche. Auf allen Seiten erhebe sich Widerspruch gegen den französischen Militarismus. Die Franzosen seien durch den Gang der Ereignisse sehr gereizt, und erklärten, die Amerikaner verständen die politische Lage in Paris nicht.

## Kleine Nachrichten

Sach- und Personenschäden, die durch die polnische Aufstandsbewegung in Oberschlesien seit dem 11. Februar 1920 entstanden sind, können von den außerhalb Oberschlesiens wohnenden Geschädigten nach bis zum 31. Januar 1922 bei der Geschäftsstelle des Reichs- und Staatskommissars für die Vermittlung der Aufstandsschäden in Oberschlesien, Opatow, Kasoanstraße 18, angemeldet werden. Mit einer weiteren Erweiterung der Anmeldefrist kann unter keinen Umständen mehr gerechnet werden.

Erhöhung der polizeilichen Strafmandate. Nach einem dem preußischen Staatsrat angegangenen Entwurf werden alle polizeilichen Geldstrafen in Zukunft um das Zehnfache erhöht. Die polizeiliche Sitzverurteilung kann bis zu 1000 Mark Geldstrafe erkennen, die niedrige Lage ist 50 Mark oder ein Tag Haft.

Die alte Handelsflagge zu führen. In Krabber. Die Reichsregierung hat bestimmt, daß das Führen der alten Handelsflagge (ohne Gold in den Farben Schwarz-Rot-Gold) vom 1. Januar ab von den Wasserfahrtsbehörden bestrast wird. Dies gilt auch für „alle Privatboote“.

Lohnabbau in Polen. Die polnischen Industriellenverbände haben, wie „Intel“ aus Warschau meldet, eine Reduzierung der Löhne bis zu 10 Prozent beschlossen. „Gazeta Warszawska“ meint, daß die Arbeiterklasse gegen diesen Lohnabbau keinen Widerstand leisten wird.

Dedenburg bleibt bei Ungarn. Die Volkshafte Konferenz beschloß, die Frage der Volksabstimmung in Dedenburg. Sie billigte die Vorschläge des Ausschusses der Generäle betreffend Uebergabe des Gebietes an Ungarn am 1. Januar.

Aufhebung des Standrechtes in der Slowakei. „Radon Prava“ meldet, daß das Standrecht, das zu Beginn des Karpatenkriegs über Karpaten-Rußland und die Slowakei verhängt wurde, aufgehoben worden ist.

## Kommunalisierung des Bestattungswesens

### Ein Anfang in Panlow

Aus dem Verwaltungsbezirk Panlow wird uns geschrieben: Die große Zahl der im Verwaltungsbezirk Panlow vorhandenen Gemeindefriedhöfe, zu denen der von Berlin dem Bezirk überwiesene Anstaltsfriedhof in Buch neuerdings hinzugekommen ist, ersforderte unbedingt eine einheitliche Verwaltung und Bewirtschaftung. Im Rathaus in Panlow wurde daher ein städtisches Bestattungsbureau eingerichtet und am 1. November dem Verkehr übergeben, in dem nach Möglichkeit alle Wünsche der Bevölkerung in Bestattungsangelegenheiten erfüllt werden sollen. Es werden dort nicht nur die Gebühren für Grabstellen um, Bepflanzung der Grabhügel und Begießen der Gräber entgegengenommen und die Zuweisung der Grabstellen, Festsetzung der Beerdigungszeiten usw. vorgenommen, so daß sich der Gang nach dem Friedhofe vor der Beerdigung erübrigt, sondern es werden in diesem Bureau auch Bestellungen auf besondere Ausschmückung der Kapellen, auf Ueberführung der Leichen von der Wohnung nach dem Friedhofe, auf Bestattung von Leichen- und Trauermusik, von Sängern und Harmoniumspielern nach vorher festvereinbarten Sätzen entgegengenommen.

Der lebende Gedanke hierbei war in erster Linie, der Bevölkerung bei eintretenden Todesfällen möglichst die früher notwendig gewordenen zeitraubenden Gänge und Verhandlungen mit den einzelnen Gewerbetreibenden abzunehmen, dann aber auch, und nicht in letzter Linie, sie vor Uebervorteilung zu schützen. Daß in der ersten Zeit keine Anzuträglichkeiten und vielleicht auch in Einzelfällen Härten vorkommen, läßt sich, wie bei allen Neuverrichtungen, nicht ganz vermeiden. Diese Hindernisse müssen überwunden werden, je schneller, desto besser. Daß Widerstände besonders gegen das Vorhaben, die Bestattung von Leichenwagen zu vermitteln, zu Tage traten, ist weiter nicht verwunderlich, wenn man die kapitalistische Ursache dieser Widerstände kennt. Das Bestattungsamt wird sich aber dadurch nicht abhalten lassen, das gestellte Ziel weiterzuverfolgen. Die Einrichtung wird sich lösen, wenn nicht engherzig und bürokratisch verfahren wird, das Vertrauen der Bevölkerung erwerben.

## Die Verantwortlichkeit des Wächters

Eine Entscheidung des Reichsgerichts

Die Akademie der Künste in Berlin hatte die Uebertragung des Gebäudes der Akademischen Hochschule für Kunst in Charlottenburg der Berliner Bach- und Schiller-Gesellschaft übertragen, die sich verpflichtet, für die Zeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens einen besonderen Wächter zu stellen. Im Januar 1919 stellte der Direktor der Akademie der Bach- und Schiller-Gesellschaft neue Geschäftsbedingungen, worin die Haftung für alle Schäden, die durch Verfallenen oder grobe Fahrlässigkeit der Angestellten oder der Gesellschaftsorgane entstehen, übernommen wurde. In der Nacht vom 27. zum 28. Juli 1919 wurde in dem Gebäude der Hochschule ein Einbruch verübt. Die Akademie fordert Entschädigung des durch den Diebstahl mit der Schenkung, daß die bestellte Gesellschaft sowohl als auch ihre Wächter sich nicht habe gehandelt und den Schaden verursacht hätten. Abwehrend vom Landgericht, das die Klage abwies, erkannte das Kammergericht den Anspruch dem Grunde nach als berechtigt an. Das Reichsgericht hat das Urteil des Kammergerichts aus folgenden Entscheidungsgründen bestätigt: Aus der von der Beklagten verlangten gedruckten Erklärung, die

wein und Madeira vorricht, die vergiftet waren. Man hatte vorher die Stärke des Giftes an einem Hunde erprobt, der bei dem ersten Schluck sofort starb. Rasputin aber trank sechs Gläser ohne eine sichtbare Wirkung, und die Versuchstiere wurden dadurch überzeugt, daß der herkömmlich gebaute Wächter unter dem Schutze des Tanteles stehe. Nach einer Entschuldigungsrede der Wächter die Wächtertruppe zu einem höher gelegenen Raum empor und schrie mit einem Revoluer-Geschrei. Er fand Rasputin an der Wand lehnd und schwer laufend, wie wenn ihm schlecht wäre. Er schwankte auf seinen Füßen und kniete sich vor einem Heiligenbild nieder. In diesem Augenblicke wurde der Schuß abgegeben. Rasputin blieb einen kurzen Schrei aus und stürzte zu Boden. Auf den Schuß hin kamen die oben Wartenden mit einem Ausruf herunter, der die Wunde untersuchte und den Ermordeten für tot erklärte. Als man dann aber die angeblühende Leiche wegtrugen wollte, deutete sich der Wächter noch einmal über sie, weil man übernatürliche Kräfte bei dem Wächter vermutete. Als er sein Gewand öffnete, um am Herzen zu blicken, prägte ihm Rasputin mit einem graulichen Aussehen an der Brust. Es entstand ein heftiger Kampf, bei dem der Wächter rasch losriss und entkam. Er ließ auf einen Tantele-Abschneider, der nach drei Kugeln in seinem Revolver hatte. Die beiden beobachteten nun von oben Rasputin, der auf allen Bieren wie ein Wächter herumkroch bis in den Hof, wo er auf dem Schutze sich in der Dunkelheit mühsam als eine dunkle Masse fortbewegte. Da feuerte der Abschneider noch drei Schüsse auf ihn, und nun stürzte Rasputin in dem nach der Straße führenden Torweg zusammen. Die Kugeln hatten ihm den Kopf zerhackt.

Korolenko erschossen. Wie die Wortschauer ukrainische Sowjet-Rußland meldet, ist in Kiew am 20. Dezember einer der größten und fleißigsten russischen Schriftsteller, Wladimir Korolenko, erschossen. Korolenko ist weltberühmt nicht nur als Schriftsteller, sondern auch als langjähriger Freiheitskämpfer zu Zeiten des Zarenismus. In Deutschland ist er besonders bekannt geworden durch die von Rein Durenhagen herausgegebene und mit einer glänzenden Einleitung versehene „Geschichte meines Zeitgenossen“.

## Tages-Notizen

Wachter Schicksal. Befolgen der Vorschriften eines Hauptwärters muß die auf dem 20. Dezember, anerkennende Aufführung des Fährten „Kontinental“ anstellen. Die Inhaber der auf diesen Tag lautenden Abonnementkarten haben das Recht, bei Uebervorteilung von „Kontinental“ ihre Tickets für eine beliebige Aufführung des Wächter zurückzugeben.

Reise nach Ostpreußen. Befolgen von Vorschriften werden in Uebereinstimmung des Spielplans sowohl am Freitag als auch am Samstag nachmittag und am Sonntag abend „Die Geister“ und „Der zerbrochene Krug“ gegeben.

Im Postamt wieder erkannt in Uebereinstimmung des Spielplans ab Donnerstag, den 20. Dezember, abendliche Uebereinstimmung „Die große Stadt“ und „Der Wächter“ zur Aufführung.

Neuer Mitarbeiter. Der außerordentliche Professor an der Kaiserlichen Universität Dr. Paulus Schmidt ist zum Direktor des Museums für Völkerkunde in Berlin ernannt worden. — Der bekannte russische Komponist Glinka ist bei Nagasaki verstorben. Er wird wahrscheinlich auch nach Berlin kommen.

